

## 6. Bilanz

Die Spur zur Geschichte ist eine Spur der Sprache, führt durch die Sprache. Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass dies für die Geschichte des Konservativen ganz besonders gilt – mehr noch: dass die Geschichte des Konservativen nur fassbar wird, wenn man der Spur der Sprache folgt. Im Mittelpunkt der vergleichenden Untersuchung stand der Konservatismusbegriff in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien zwischen 1945 und den frühen 1980er Jahren, mithin ein Grundbegriff des politischen Vokabulars der europäischen Moderne. Wie erheblich die Bedeutungsunterschiede dieser scheinbar so ähnlichen Begriffe in den jeweiligen Nationalsprachen sein können, wurde an seinem Beispiel offenbar. Die Geschichte hinterließ ihre deutlichen Spuren in den Begriffen.

Der Begriff *Conservatism* war im politischen Vokabular Großbritanniens fest etabliert. Die Conservative Party trug ihn in ihrem Namen und suchte den Diskursraum, innerhalb dessen seine Bedeutung verhandelt wurde, zu kontrollieren. Das semantische Netz, das um den Begriff gewoben war, verfügte über eine Vielzahl von Begriffsbeständen, die sich seit seiner Integration in die britische Sprache um 1830 angesammelt hatten. Dementsprechend vielfältig waren seine Bedeutungsschichten. Sie waren konserviert in einem Korpus von Schriften, Reden, Aphorismen und Aussagen. Auf diese Texte konnte je nach Bedarf zurückgegriffen werden, wobei es üblich war, einzelne Begriffe oder Sätze aus ihrem textlichen Zusammenhang zu isolieren und so zu aktualisieren. Die Debatten innerhalb der Conservative Party zeichneten sich durch solche sprachlichen Rückgriffe aus, ließen sich doch auf diese Weise Traditionslinien konstruieren und damit aktuelle Politikentwürfe als Ausdruck ewiger Werte des Konservativen interpretieren. Das Strukturprinzip der Repetition und Aktualisierung war deshalb so tief in den politischen Sprachen des Konservativen verankert, weil es ihrer Zeitstruktur entsprach: Der konservative Grundsatz des Bewahrens wurde in der Sprache realisiert. Auch auf diese Weise hüteten Konservative ihre Begriffe. Solche sprachlichen Aktualisierungen waren in innerparteilichen Konflikten ein probates Mittel, um der Bedeutung des Konservatismusbegriffs die gewünschte Richtung zu geben und seine Grenzen zu definieren. Zugleich schränkten sie seine Bedeutungsentwicklung ein – neue Begriffe mussten in diese semantischen Netze eingepasst werden, um als *konservativ* zu gelten. Auf diese Weise wurde ihre Bedeutung qualifiziert.

Gleichermaßen wurde die Begriffsentwicklung im Diskursraum, den die Conservative Party bot, von einer Auseinandersetzung mit solchen Begriffen gelenkt, die als Zuschreibungen des politischen Gegners galten. Die definitorische Abgrenzung von dem Begriff *reaktionär* erfolgte in diesem Kontext, ebenso wie die Zurückweisung der unqualifizierten Kennzeichnung *liberal* im Thatcherismus, die implizierte, dass die Partei unter Thatcher nicht mehr als *konservativ* zu bezeichnen sei. Die vielfältigen Bedeutungsschichten des Konservatismusbegriffs beför-

derten die Lagerbildung innerhalb der Partei, in der nur reüssieren konnte, wer als zweifelsfreier Advokat des ‚wahren‘ Konservativen galt. Deshalb gingen Flügelbildungen mit heftigen Begriffskämpfen einher. Darüber hinaus bestärkte diese Bedeutungsvariation im Modus der Aktualisierung historischer Begriffsbestände die Vorstellung britischer Exzeptionalität, denn das Bedeutungsreservoir, auf das zurückgegriffen wurde, stammte ausschließlich aus dem britischen Kontext. Der britische Konservatismus erschien als prägendes Element nationaler Geschichte, geradezu als Ausdruck von Britishness.

Demgegenüber wollte die Mehrheit der deutschen Interpreten des Konservativen von der nationalen Tradition des Konservatismus weiten Abstand nehmen. Die Bedeutungsschichten, die sich im deutschen Konservatismusbegriff angelagert hatten, wurden in der bundesrepublikanischen Demokratie nicht akzeptiert. Alternative Füllungen boten dagegen die Konservatismen alter Demokratien, so dass sich der Blick all derer, die sich um eine Erneuerung des Konservativen bemühten, vor allem nach Großbritannien und in die Schweiz richtete. Die 1950er Jahre waren in der Bundesrepublik von einer vorsichtigen Suchbewegung hin zu einem demokratischen Konservatismusbegriff charakterisiert, in der semantische Netze neu geknüpft, über überlieferte Begriffsbestände verhandelt und um neue Bedeutungszuschreibungen gestritten wurde. Am Ende des Jahrzehnts kristallisierten sich zwei Varianten des Konservatismusbegriffs heraus, die die nächsten Jahrzehnte bestimmend bleiben sollten: eine liberale und eine rechte Variante. Die Vertreter des liberalen Konservatismusbegriffs grenzten sich von seinen antiliberalen und antidemokratischen Bedeutungsgehalten ab, jene des rechten Konservatismusbegriffs betonten sie um so mehr und aktualisierten bewusst Begriffsbestände der neuen Rechten der Weimarer Republik.

Diese Doppelpoligkeit verhinderte die Verankerung des Konservatismusbegriffs im zweifelsfrei akzeptierten Vokabular der Bundesrepublik. Er blieb ein Begriff eigener Klasse, angesiedelt in einem Zwischenraum zwischen dem Vokabular der Demokratie und jenem, das als inakzeptabel und damit nicht-sagbar galt. Damit verfügte er über eine Bedeutungsbreite, die ihn relativ fluide machte und für Bedeutungszuschreibungen offen sein ließ. Während in Großbritannien die Conservative Party die Bedeutungsentwicklung zu kontrollieren versuchte und zu einem gewissen Grad tatsächlich monopolisieren konnte, flotierte der Begriff in der Bundesrepublik relativ frei im politischen Diskursraum. Seit 1968 intensivierte sich der Streit um den Konservatismusbegriff merklich, wobei sowohl die liberale als auch die rechte Variante ausformuliert, die jeweiligen semantischen Netze verdichtet wurden. Dass er zudem von der Umweltbewegung besetzt wurde und in diesem Zusammenhang auch eine linke Variante ausbildete, dynamisierte die Pluralisierung seiner Bedeutungshorizonte noch zusätzlich. Seine Doppelpoligkeit wurde von der politischen Linken gleichzeitig radikal reduziert und auf die rechte Variante festgelegt. Trotz gezielter intellektueller Anstrengungen konnte der Konservatismusbegriff von seinen antiliberalen und antidemokratischen Bedeutungshorizonten in den 1970er Jahren nicht gelöst werden. Er blieb auch weiterhin im Zwischenraum der politischen Sprache der Bundesrepublik angesiedelt.

*Konservatismus* gehörte zu den *-ismus*-Bildungen der Sattelzeit, ihren Bewegungsbegriffen. Sein Erwartungshorizont war nach 1945 radikal in sich zusammengebrochen. Die Suchbewegungen der 1950er Jahre, genauso wie die intensiven Debatten der 1970er Jahre, mühten sich letztlich um die Formulierung eines neuen Erwartungshorizonts. Dass der Begriff zu den *-ismen* zählte, machte ihn nach 1945 verdächtig – besonders unter Konservativen, die sich davon überzeugt zeigten, dass die Flucht aus der *Wirklichkeit* in realitätsfremde Abstraktionen und Utopien für die deutsche Katastrophe verantwortlich sei. Auch deshalb wurde der Begriff zur Eigenbezeichnung selten verwendet und wenn dann in seiner adjektivischen Form, sprich als *konservativ*, die keinen Hinweis auf die *-ismus*-Bildung gab. Das galt auch für die deutsche Form *Konservativismus*, die an das Adjektiv anschloss, und nach 1945 nur noch selten benutzt wurde. Der angelsächsische Import *Konservatismus* versprühte nicht nur den Charme des Neubeginns und drückte die Distanzierung von der deutschen Tradition aus, sondern relativierte auch die deutsche, adjektivisch geleitete *-ismus*-Bildung.

Während die Conservative Party in Großbritannien sich mit dem Konservatismusbegriff identifizierte und ihm geradezu symbiotisch verbunden war, scheuten deutsche Parteien vor seiner bedingungslosen Aneignung zurück. Allein die Deutsche Partei hatte *Konservatismus* in den 1950er Jahren als exklusiven Selbstbeschreibungsbegriff zu profilieren versucht. CDU und CSU hatten ihn zwar in den Gründungsjahren in ihren Begriffshaushalt inkorporiert, um jenen Gruppen in der Partei Genüge zu tun, die sich einer konservativen, zumeist protestantischen Tradition verbunden fühlten, beließen ihn aber im Rang eines Selbstbeschreibungsbegriffs zweiter Reihe. Seit den späten 1950er Jahren fand er zunehmend auch in katholische Vokabularien der Unionsparteien Eingang. Die wachsende Akzeptanz des Begriffs, die mit einer Liberalisierungstendenz einher ging, wurde jäh gestoppt, als Studentenbewegung und Neue Linke ihn in die Nähe zu *Faschismus* rückten und sich die erstarkte intellektuelle Neue Rechte den Begriff in den 1970er Jahren noch exklusiver auf ihre Fahnen schrieb, als dies bereits zuvor der Fall gewesen war. Als Gegenbegriff zu *progressiv* nutzte ihn zudem die SPD, um die Union als verstaubt und überlebt zu zeichnen. Die Doppelpoligkeit des Begriffs ließ ihn für die Unionsparteien in den 1970er Jahren zu einer fulminanten Herausforderung werden. Die CDU blieb auf begrifflichem Abstand, selbst wenn einzelne Politiker und Intellektuelle auf seine liberalen Potenziale verwiesen und diese zu stärken suchten. Auch die Bemühungen von konsensliberalen Intellektuellen um eine Neukonturierung des Begriffs, die auf die Union zielten, verhallten. Dagegen eignete sich die CSU unter Franz Josef Strauß den Konservatismusbegriff offensiv an, um ihre Variante christdemokratischer bzw. christsozialer Politik zu beschreiben, mit der sie auf Konfrontationskurs zur Schwesterpartei ging. Das Verhältnis der CDU zu ihrem schwierigsten Selbstbeschreibungsbegriff vereinfachte dies keineswegs, zumal es die innerparteiliche Flügelbildung noch einmal dynamisierte. CDU und CSU wichen auf den Begriff der *Mitte* aus, um ihre semantischen Kalamitäten zu umgehen.

Die Nöte der Union mit dem Konservatismusbegriff rührten dabei auch aus der Weite des Diskursraums, in dem um die Bedeutungshorizonte des Begriffs gerungen wurde. Denn während die Conservative Party diesem einen klaren Rahmen geben konnte, innerhalb dessen selbst intellektuelle Debatten geführt wurden, entzog sich dieser in der Bundesrepublik der Kontrolle der Unionsparteien. Sogar die Debatten um den Begriff in Publizistik und Journalismus waren in Großbritannien eng mit der Partei bzw. ihren Parteiflügeln verwoben. Dazu kam, dass sich die bundesrepublikanischen Intellektuellen in den 1950er und in den 1970er Jahren intensiv am Diskurs um den Konservatismus beteiligten, während dieser von der Rechten geradezu als intellektuelles Arkanum gedeutet und verteidigt wurde. Am Konservatismus schieden sich in der Bundesrepublik die Geister, und die Debatte wurde unter Beteiligung aller politischen Lager so erbittert geführt, weil in diesem Begriff die Chancen der bundesrepublikanischen Demokratie verhandelt wurden. Die Rolle der Intellektuellen definierte sich in der Bundesrepublik anders als in Großbritannien: Sie agierten in der Nähe zur Politik, weil sie es als ihren Auftrag sahen, die bundesrepublikanische Demokratie zu schirmen – oder auch, wie etwa im Falle Armin Mohlers, zu revidieren.<sup>1</sup> So ist auch die Mobilisierung jener konsensliberalen Intellektuellen um 1968 zu erklären, die sich durch Studentenrevolte und Neue Linke herausgefordert sahen. Sie eigneten sich den Konservatismusbegriff gezielt an und suchten ihm aus liberalem Geiste neue Kontur zu verleihen. Sie verstanden sich als Hüter jener Begriffe, die die Bonner Republik trugen und die vor linken Manipulationen geschützt werden mussten.

Auch in der Massenpresse suchten sich die Intellektuellen ihr Medium, sowohl in der Bundesrepublik als auch in Großbritannien. Die Pluralisierung der Medienlandschaft trug zur Pluralisierung des Diskurses und der Bedeutungsanreicherung des Konservatismusbegriffs bei.<sup>2</sup> Denn auch Journalisten und Publizisten griffen ein, wenn der Bedeutungshorizont des Begriffs in Frage stand. Eine besondere Rolle spielten sie in der Formulierung des Konservatismusbegriffs des Thatcherismus, als marktliberale Stimmen in den großen Zeitungen die Conservative Party zu einem Kurswechsel aufforderten. Aber auch in den Kommentarspalten der deutschen Zeitungen schalteten sich Journalisten in die demokratietheoretisch orientierte Debatte um den Konservatismus ein. Die Conservative Party suchte diese Bedeutungspluralität einzugrenzen, zumal Thatcher auf begriffliche Klarheit und Eindeutigkeit zielte, wohingegen sie in der Bundesrepublik die frei flottierende Debatte um das Konservative beständig dynamisierte. Denn sie zwang diejenigen, die sich am Diskurs beteiligten, zu immer neuen Eingrenzungen, um die je eigene Lesart des Konservativen in Konkurrenz zu anderen

<sup>1</sup> Zu Rolle und Selbstverständnis von Intellektuellen in der Bundesrepublik und in Großbritannien vgl. KROLL und REITZ, *Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland*; BAVAJ und GEPPERT, *Jenseits des „Elfenbeinturms“*; COLLINI, *Absent Minds*.

<sup>2</sup> Für einen Überblick über Methoden, Forschungsstand und Potenziale der Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts vgl. BÖSCH und VOWINCKEL, *Mediengeschichte*.

Varianten kenntlich zu machen. Der deutsch-britische Vergleich zeigt, dass die Beschaffenheit des Diskursraums beträchtlichen Einfluss auf die Entwicklung eines Begriffs hatte.

Der britische Konservatismusbegriff band die politischen Sprachen des Konservativen zusammen – wer konservativ war, bezeichnete sich meist auch so. Daneben lag den politischen Sprachen des Konservativen in Großbritannien dieselbe Morphologie zugrunde, die aus vier Strukturprinzipien bestand: dem Prinzip der Zeitlichkeit, dem Prinzip des Ausgleichs und der Synthese, dem Prinzip der Gegensatzbildung und dem Prinzip der Repetition und Aktualisierung. Im Zusammenspiel mit ihren semantischen Netzen erhielten die politischen Sprachen des Konservativen so eine verbindende Kontur. Die vorliegende Arbeit konnte zeigen, dass die politischen Sprachen, die in den Unionsparteien gesprochen wurden, von denselben Strukturprinzipien geordnet wurden und auch die liberalen Interpreten des Konservativen sich ihrer bedienten. Im Gegensatz zu Großbritannien stand der Konservatismusbegriff nicht zur Verfügung, um die politischen Sprachen des Konservativen in der Bundesrepublik auch so zu benennen. Die Liberalisierung der politischen Sprachen des Konservativen wurde in der Bundesrepublik nicht erkannt – weil man sie nicht auf den Begriff bringen konnte. Statt dessen verschob sich seit den 1970er Jahren die Bedeutung des Konservatismusbegriffs nach rechts – die Begriffsstrategie der Neuen Rechten im ‚Kampf ums Heiße‘ war aufgegangen. Ihre Okkupation des Konservatismusbegriffs verdeckte die ideologischen Grundfesten, auf denen die intellektuelle Neue Rechte basierte. Der Konservatismusbegriff war ihre Tarnung und öffnete ihr die Türen zur bürgerlichen Gesellschaft.

Im transnationalen Diskursraum, den die Kooperation von CDU/CSU und Conservative Party geschaffen hatte, wurden diese semantischen Probleme erkannt, benannt und damit neutralisiert. Eine unbedingte Voraussetzung für das Gelingen des europäischen Gesprächs war die Bereitschaft zur sprachlichen Reflexion und ein Bewusstsein für die historische Gewordenheit der eigenen Muttersprache. Dann waren auch Begriffs- und Bedeutungstransfers möglich, die aber nur dann von längerfristiger Wirkung waren, wenn sie in die bestehenden semantischen Netze und die Bedeutungshorizonte der betroffenen Begriffe integriert werden konnten. Das europäische Gespräch konnte aber auch jäh unterbrochen werden, wenn sich die Bedeutungshorizonte politischer Begriffe als inkompatibel erwiesen und keine Bereitschaft zu erkennen war, die historisch gewachsenen Diskrepanzen zurückzustellen und einen Modus Vivendi zu finden. Das Unvermögen der Mitte-Rechts-Parteien in Europa, auf einen begrifflichen Nenner zu kommen, ist dafür beredtes Beispiel.

Eine besonders intensive Zeit der Kooperation von CDU, CSU und Conservative Party stellten die 1970er Jahre dar, als sich alle drei Parteien in einem Prozess programmatischer Reform befanden. Dass der Begriff der *Freiheit* zum einigenden Band ihrer Kooperation geriet, kam dabei nicht von ungefähr. Einerseits manifestierte sich in ihm das antisozialistische Credo, das die Parteien seit 1945 einte und angesichts einer perhorreszierten weiteren Stärkung der Linken in den

1970er Jahren noch enger aneinander band; andererseits kristallisierte sich in ihm der Liberalisierungsschub, der in diesem Jahrzehnt in allen drei Parteien wirkte und zentrale Begriffe ihrer politischen Sprachen einander anglich.<sup>3</sup> Die Mitte-Rechts-Allianz in Europa, die sich in der Gründung der EDU niederschlug, stand in diesem Zeichen. Die gemeinsame antisozialistische Front überdeckte aber auch die Differenzen, die weiterhin zwischen den Parteien und den politischen Sprachen, die sie sprachen, bestanden. Denn die Liberalisierung der politischen Sprachen des Konservativen hatte in Großbritannien und der Bundesrepublik ein je charakteristisches Zentrum: ein ökonomisches hier und ein demokratietheoretisches dort. Dementsprechend unterschiedlich gruppierten sich die semantischen Netze. Darüber hinaus schob sich, wie gezeigt wurde, in der politischen Sprache der Conservative Party unter Thatcher das Strukturprinzip der Gegensatzbildung nach vorne, während das Strukturprinzip des Ausgleichs und der Synthese in den Hintergrund gedrängt und neu kodiert wurde. Es wurde eine klare antisozialistische Alternative formuliert. Diesem Kurs folgte auch die CSU. In der politischen Sprache der CDU spielte dagegen das Strukturprinzip des Ausgleichs und der Synthese auch weiterhin eine wichtige Rolle, weil so die divergierenden Parteiflügel integriert werden konnten und dieses Prinzip außerdem mit dem Selbstverständnis als *Volkspartei* eng verknüpft war. Diese divergierenden Entwicklungen, für die in den 1970er Jahren die Fundamente gelegt wurden, führten dazu, dass sich die politischen Sprachen von Unionsparteien und Conservative Party seit den 1980er Jahren wieder deutlicher voneinander unterschieden. Die Regierungsverantwortung, in der sie sich dann befanden, sowie die differierenden europapolitischen Konzepte verstärkten diese Kräfte noch einmal.

Kam die Christdemokratie in der Bundesrepublik der 1970er Jahre also an ihr Ende? Dies sicherlich nicht. Aber der Liberalisierungsschub, der dieses Jahrzehnt christdemokratischer Geschichte charakterisierte, sorgte für eine Neukodierung der politischen Sprache von CDU und CSU, durch die ihre christlichen Begriffe die theologischen Bedeutungshorizonte zwar nicht gänzlich verloren, diese aber doch in den Hintergrund gedrängt wurden. Begriffe wie *Partnerschaft*, *der Mensch*, *Ordnung* oder *Wert* konnten in einen christlichen Zusammenhang gesetzt, in theologisch inspirierte semantische Netze eingespannt werden, sie konnten aber auch rein säkular verstanden und verwendet werden. Dieser Prozess war in der Conservative Party bereits in den 1950er Jahren weit fortgeschritten gewesen und wurde in den 1970er Jahren im Thatcherismus wieder ein Stück weit revidiert – allerdings wurde das christliche Vokabular mit der liberalen Marktsemantik verschweißt und dominierte in erster Linie in solchen semantischen Netzen, die um den Begriff der *morality* gesponnen wurden.

In der Union kam dem Begriff des *Christlichen* auch in den säkularen 1970er Jahren dagegen eine weit bedeutendere Rolle zu als in der Conservative Party. Wie

<sup>3</sup> Einen solchen Liberalisierungsschub konstatiert Johannes Großmann auch für konservative (europäische und transatlantische) Elitenzirkel in den 1970er Jahren, vgl. zusammenfassend GROSSMANN, *Die Internationale der Konservativen*, S. 564–565.

*Conservative* dort fungierte er hier als Selbstbeschreibungsbegriff erster Ordnung, weshalb ihm kohäsive Kraft eignete. Er bewahrte den antitotalitären Gründungsimpuls der beiden Parteien des Jahres 1945 in sich, erinnerte an das überkonfessionelle und schichtenübergreifende Integrationsmoment der *Volkspartei* und symbolisierte den demokratischen Neubeginn nach dem Ende des NS-Regimes. Zudem fasste er die Grundprinzipien der Unionsparteien: die Verpflichtung auf die Demokratie und den sozialen Ausgleich, den Glauben an eine transzendente Kraft, antiideologische, antiutopische Überzeugungen und das Vertrauen in einen pragmatischen, der *Wirklichkeit* zugewandten Politikstil sowie die Notwendigkeit europäischer Integration. Der Begriff verband die politischen Sprachen, die auf den unterschiedlichen Flügeln der Unionsparteien gesprochen wurden, und gab ihnen Richtung. Die Säkularisierungs- und Liberalisierungsprozesse, die seit den frühen 1960er Jahren wirkten, bedeuteten keineswegs das Ende der Christdemokratie;<sup>4</sup> vielmehr führten sie zu ihrer Transformation.<sup>5</sup> Im deutschen Fall wurde der Liberalisierungsschub durch die Überkonfessionalität der Unionsparteien deutlich verstärkt. CDU und CSU näherten sich dabei den nordeuropäischen Konservativen an und entfernten sich von jenen christdemokratischen Parteien in Europa, die ob ihrer vorherrschend katholischen Prägung einen stärker sozialistisch als liberal geprägten Weg in der Verarbeitung der Säkularisierungsprozesse einschlugen. Die vielerorts und besonders in der Europahistoriographie gepflegte These von der absoluten Unvereinbarkeit von kontinentaler Christdemokratie und nordeuropäischem Konservatismus ist vor diesem Hintergrund nicht zu halten.<sup>6</sup>

Dabei hatte nicht nur der Säkularisierungs- und Liberalisierungsprozess der Christdemokratie eine europäische Dimension, sondern auch der Reformprozess der britischen Konservativen. Der Thatcherismus der 1970er Jahre hatte ein europäisches Gesicht und trug nicht allein transatlantische Züge. Eine Interpretation, die sein ideologisches Profil auf den Einfluss des US-amerikanischen Neoliberalismus reduziert, wird seiner Komplexität in keiner Weise gerecht.<sup>7</sup> Auf der Suche nach wirtschaftspolitischen Modellen schauten die von der Notwendigkeit eines einschneidenden Kurswechsels überzeugten britischen Konservativen um Thatcher nach Deutschland, auf die soziale Marktwirtschaft. Die enge Kooperation mit der CDU diente beiden Parteien als Ideenbörse während der Programmrevision. Dabei bildete die antisozialistische Front im Zeichen der *Freiheit*, die sie in Europa organisierten, das begriffliche und ideologische Dach ihrer Kooperation. Diese europäische Dimension des frühen Thatcherismus wurde in den Ei-

<sup>4</sup> Diese These vertritt beispielsweise CACIAGLI, Christian Democracy.

<sup>5</sup> Auf den Transformationsprozess hebt CONWAY, *The Age of Christian Democracy*, ab; mit Bezug auf die Geschichte der Demokratie in Europa nach 1945: ders., *The Rise and Fall*.

<sup>6</sup> Für diese These vgl. z. B. JANSEN, *The Dilemma for Christian Democracy*; BLACK, *The European Question, the National Interest and Tory Histories*, S. 336.

<sup>7</sup> Für eine solche Interpretation vgl. z. B. COCKETT, *Thinking the Unthinkable*; PLICKERT, *Wandlungen des Neoliberalismus*, S. 390–415; TRIBE, *Liberalism and Neoliberalism in Britain, 1930–1980*.

gennarrativen des Thatcherismus später getilgt, mochte sie doch so gar nicht mehr in das Bild von Margaret Thatcher als der Kämpferin gegen ein vorgeblich sozialistisch durchseuchtes europäisches Integrationsprojekt passen. So ging sie in geschichtswissenschaftliche Narrative ein.

Eine besondere Aufmerksamkeit hat diese Arbeit dem Strukturprinzip der Zeitlichkeit in der Morphologie der politischen Sprachen des Konservativen gewidmet. Von den 1950er bis in die 1970er Jahre war es von besonderer Bedeutung, da die unbedingte Zukunftsorientierung der Gesellschaften das konservative Prinzip eines Ausgleichs der Zeitdimensionen herausforderte. Besonders die Idee, die Zukunft über vorausschauende Planung in den Griff zu bekommen, Zukunft also aus der Gegenwart heraus lenken zu können, faszinierte auch Konservative. Zugleich wurde sie mit Utopieverdacht belegt. Während die Conservative Party der 1950er und 1960er Jahre das Schwergewicht der Zeitdimensionen des Konservatismusbegriffs tatsächlich stark zur Zukunft hin verlagerte, blieben CDU und CSU skeptisch und hielten an dem Prinzip kontinuierlicher Zeitlichkeit fest, das sie antisozialistisch und christlich begründeten. Als in den 1970er Jahren die Zukunftserwartungen jäh zusammenbrachen, der Erwartungshorizont, der sich in Großbritannien mit dem Konservatismusentwurf der Regierung unter Edward Heath verband, spektakulär einstürzte, öffnete dies die Tür für den alternativen Entwurf der innerparteilichen Kritik, der sich dann auch durch eine Rekonfiguration der Zeithorizonte auszeichnete.<sup>8</sup> Die Zukunftsorientierung wurde zurückgenommen, ihre Offenheit betont und das Prinzip der Kontinuität der Zeitdimensionen unterstrichen. Dass dies dem allgemeinen gesellschaftlichen Verlust an Zukunftsgewissheit in dem als krisenhaft erlebten Jahrzehnt entgegenkam, erklärt eben auch die Attraktivität des Thatcherismus, der neue „Zuversicht“ versprach. Die Rede vom „Ende der Zuversicht“ fasst eine Stimmung, die in den 1970er Jahren zwar verbreitet, aber eben nicht ubiquitär war.<sup>9</sup> Die Konservativen waren in Großbritannien genauso wie in der Bundesrepublik gewillt, die „Krise als Chance“ zu nutzen.<sup>10</sup>

In der Bundesrepublik dagegen stürzten die Zukunftshorizonte von CDU und CSU nicht so fulminant in sich zusammen wie in Großbritannien 1973/74. Allerdings begleitete sie bereits seit Mitte der 1960er Jahre ein innerparteilicher Krisendiskurs, der die Neuformulierung eines Zukunftshorizonts forderte und der schließlich 1969 und dann vor allem 1972 zu einer grundsätzlichen Programmrevision führte. Das Strukturprinzip kontinuierlicher Zeitlichkeit prägte auch sie, und es verhalf der Union, wie dem britischen Thatcherismus, zu Glaubwürdigkeit in einer Situation, in der das Wachstumsparadigma radikal infrage gestellt wurde. Die Union konnte alternative Modelle *qualitativen Wachstums* bieten, die Wachstum nicht grundsätzlich verdammten, sondern es als evolutionären, offenen Pro-

<sup>8</sup> Zur Interpretation des Thatcherismus als spezifische Antwort auf das Krisennarrativ der 1970er Jahre vgl. HALL et al., *Living with the Crisis*; SAUNDERS, *„Crisis? What Crisis?“*.

<sup>9</sup> Vgl. JARAUSCH, *Das Ende der Zuversicht?*.

<sup>10</sup> Vgl. BÖSCH, *Die Krise als Chance*.



zess kodierten.<sup>11</sup> Auch der Begriff der *Generationengerechtigkeit*, den Heiner Geißler profilierte, antwortete auf die Krise der Zeitlichkeit in der Bundesrepublik der 1970er Jahre. Sofern sie liberalen Prinzipien verpflichtet blieben, flankierten die intellektuellen Neubestimmungsversuche des Konservativen, wenn auch keineswegs einheitlich, diese Rekodierung von Zeitlichkeit. Die Neue Rechte dagegen profilierte revolutionäre Modelle der Zeitlichkeit, so dass Zukunft nur über eine revolutionäre Umwälzung der Gegenwart und eine ausschnittsweise Tilgung der Vergangenheit möglich schien – also nur mittels eines eklatanten Verstoßes gegen das konservative Strukturprinzip der Zeitlichkeit.

Das von Michael Freedden entworfene Modell, den Konservatismus als relativ offene und fluide, variantenreiche und durch eine spezifische Morphologie definierte Sprachstruktur zu verstehen, hat es tatsächlich ermöglicht, die „Klippe des semantischen Nominalismus“<sup>12</sup> im historisch-semantischen Vergleich zu bewältigen. Der Verdacht, dass Freeddens Beschreibung konservativer Morphologie revisionsbedürftig ist, hat sich während der quellenbasierten Analyse bestätigt. Diese Arbeit schlägt alternative Kriterien vor. Die morphologischen Prinzipien, die die politischen Sprachen des Konservativen im Zusammenspiel mit ihren semantischen Netzen strukturierten, wurden oben benannt und sollen hier nicht noch einmal wiederholt werden. Dafür gilt es ein Weiteres zu unterstreichen: Die analytische Beschreibung des Konservatismus über Inhalte und Themen, wie von den meisten Konservatismusinterpreten unternommen, muss unweigerlich an ihre Grenzen stoßen, wenn seine sprachstrukturellen Eigenheiten nicht beständig reflektiert werden. Konservatives Denken tradierte sich zuvorderst mittels der Sprache. Es existierten keine international anerkannten, quasi kanonisierten Texte, die das Konservative definierten – mit Ausnahme von Edmund Burkes *Reflections on the Revolution in France* vielleicht, wobei aber selbst dieser Text nicht allseitig als kanonisch akzeptiert wurde. Deshalb kamen den morphologischen Strukturprinzipien sowie einem Strauß von Schlüsselbegriffen solch hervorgehobene Bedeutung zu. Aus diesem Grunde wurden Begriffe wie *Autorität*, *Staat*, *Familie*, *Mensch* bzw. *Individuum*, *Nation*, *Partnerschaft*, *Maß*, *Mitte*, *Reform* usw. in den Selbstbeschreibungen Konservativer wie Perlen einer Kette aneinander aufgereiht. Sie wurden auf diese Weise bestätigt, tradiert und in semantischen Netzen platziert. Jeder Versuch, dem Konservatismus über eine Auflistung von Inhalten und Themen näherzukommen, repetiert diesen Modus konservativer Selbstbeschreibung. Letztlich läuft ein solches analytisches Modell Gefahr, in den Strukturen konservativer Sprache gefangen zu bleiben. So schwierig wie seine Geschichte gestaltet sich die Verwendung des Konservatismusbegriffs als historiographisches Konzept. Freeddens Modell eröffnet einen Weg, um dem Phänomen auf die Spur zu kommen, ohne die Sprachstruktur des Konservativen zu repetieren. Dass vom *Konservatismus* im Singular zu sprechen tatsächlich nur möglich ist, wenn sein Variantenreichtum vorausgesetzt wird, hat diese Arbeit gezeigt.

<sup>11</sup> Vgl. SEEFRIED, Zukünfte; GRAF, Öl und Souveränität.

<sup>12</sup> LEONHARD, Von der Wortimitation zur semantischen Integration, S. 45.

Was lehrt uns nun der Vergleich britischer und bundesrepublikanischer politischer Sprachen des Konservativen über die Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts? Zunächst zeigt er – ganz einfach –, wie komplex sie war; dann offenbart er tief greifende nationalsprachliche Unterschiede. Seine Reichweite, das muss einschränkend gesagt werden, ist naturgemäß begrenzt, kann er mit seinem Fokus auf den Konservatismusbegriff doch nur einen kleinen Ausschnitt des politischen Vokabulars erfassen. Dementsprechend vorläufig müssen die allgemeinen Schlussfolgerungen sein. Deutlich sichtbar wurde in der vergleichenden Untersuchung die Gebundenheit der Grundbegriffe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an jene Bedeutungshorizonte, die sich seit dem frühen 19. Jahrhundert angesammelt hatten. Sie wurden aktualisiert, variiert, vergessen, wieder reaktiviert, neu kodiert. Dies gilt für Großbritannien genauso wie für die Bundesrepublik. Die Grundbegriffe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verweilten im Horizont der Moderne. Die Prinzipien, die Reinhart Koselleck für die Sattelzeit definiert hatte, charakterisierten die Begriffsentwicklung auch noch nach 1945: sie wurden politisiert (oder entpolitisiert), sie waren ideologisierbar (oder entideologisierbar), sie wurden demokratisiert und sie verfügten über eine spezifische Zeitstruktur, die immer ein Zukunftspotenzial enthielt. Je nach Begriff und Epoche konnten diese Prinzipien in ihrer Bedeutung variieren. Im Gegensatz zur Sattelzeit wirkten sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht ausschließlich prozesshaft, sondern gehörten zu den Grundmerkmalen politischer Grundbegriffe. Sie hatten sich verfestigt.

Gleichzeitig aber veränderten sich die Begriffe. Sie wurden in der Tat fluide, wie von Christian Geulen festgestellt, sie wurden vieldeutiger, in neue Zusammenhänge integriert, in neue semantische Netze eingewoben. Die Begriffe „verflüssigten“ sich.<sup>13</sup> Nicht nur bei „neuen Begriffen“ ist diese „Verflüssigung“ festzustellen, wie Geulen meint. Der Konservatismusbegriff ist das beste Beispiel dafür, dass auch die ‚alten‘ Grundbegriffe des Vokabulars der Sattelzeit davon gekennzeichnet waren. Und gerade sie mussten es sein. Denn in ihnen addierten sich die Bedeutungsschichten vieler Jahrzehnte auf, die zudem durch Massenmedialisierung und fortschreitende Demokratisierung im 20. Jahrhundert rapide anwuchsen. Am Beispiel des Konservatismusbegriffs haben wir im deutsch-britischen Vergleich gesehen, welche Wirkungen diese Vielschichtigkeit der Bedeutungshorizonte evozierten: Versuche, die Bedeutungshorizonte zu kontrollieren, Eindeutigkeit zu erzeugen und Ambivalenzen zu tilgen und daraus folgende konfrontative Auseinandersetzungen um die Begriffe. Der von Lübke diagnostizierte „Kampf ums Heißen“ gewann durch die Verflüssigung der Grundbegriffe deutlich an Dynamik.

Die Vervielfältigung der Bedeutungsschichten eines Grundbegriffs nach 1945 hatte eine weitere Ursache, die von solcher Bedeutung war, dass sie als zweites Entwicklungsprinzip der Grundbegriffe nach 1945 festgehalten werden muss: Die immer weitere Bereiche ergreifende Internationalisierung in Form von Europäisierung und Globalisierung fügte den nationalsprachlichen Grundbegriffen durch

<sup>13</sup> GEULEN, Plädoyer, S. 91.

vielschichtige Transferprozesse weitere Bedeutungsdimensionen hinzu. In internationalen Organisationen und Netzwerken bildeten sich zudem politische Sprachen heraus, die Verständigung über verschiedene Nationalsprachen hinweg ermöglichten und in denen einzelne, geteilte Begriffe eine zentrale Rolle spielten. Am Beispiel der Parteienkooperation von Conservative Party und CDU/CSU wurde dies vorgeführt. Politische Grundbegriffe erhielten folglich eine weitere, sprich internationale, Dimension, die auf nationalsprachliche Begriffe rückwirken konnte. Für das politische Vokabular der Bundesrepublik waren solche Prozesse des transnationalen Begriffstransfers im Rahmen der ‚Verwestlichung‘ ihrer politischen Kultur besonders bedeutsam. Wir haben gesehen, wie die Liberalisierung des Konservatismusbegriffs über eine Orientierung an ‚westlichen‘ Vorbildern erfolgte. Solche Transfers schlugen sich oftmals in Anglizismen nieder, worauf Willibald Steinmetz aufmerksam gemacht hat.<sup>14</sup> Die Anglisierung des politischen Vokabulars war aber nur ein Element des weiter greifenden Prozesses der Internationalisierung, wenn auch ein besonders markantes. Aber auch in einem englischsprachigen Land wie Großbritannien erfasste die Internationalisierungstendenz politischer Sprache die politischen Begriffe, selten mittels eines direkten Imports, sondern in der Regel im Rahmen einer Bedeutungsanreicherung; sie erfolgte versteckter und begrenzter.

Die Internationalisierung trug jedenfalls zum Reflexivwerden politischer Sprache entscheidend bei. Die Reflexivität in der Sprachverwendung und ihre Konsequenzen, die Willibald Steinmetz für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts unterstreicht,<sup>15</sup> zeigte sich wohl kaum deutlicher als am bundesrepublikanischen Konservatismusbegriff. Sie setzte der politischen Kultur der Bundesrepublik einen charakteristischen Stempel auf, indem sie eine Zwischenschicht politischer Sprache schuf, in der Begriffe verhandelt wurden, die sowohl antidemokratische wie demokratische Potenziale in sich bargen. Diese sprachliche Reflexivität wurde von der Sprachkritik seit 1945 befördert und sorgte dafür, dass ein Bewusstsein für die Historizität von Sprache allgemein wurde. Es ist daher kaum verwunderlich, dass die lexikographische Begriffsgeschichte ihren Ursprung in der Bundesrepublik nahm. Zugleich schärfte sie das sprachliche Bewusstsein jener Politiker, die sich auf internationaler Bühne bewegten, so dass begriffliche Diskrepanzen erkannt und verhandelt werden konnten. Diese Reflexivität in der Sprachverwendung war in Großbritannien dagegen seltener zu finden, und sie hatte vor allem kaum politische Bedeutung. Erst in den 1970er Jahren politisierte der Thatcherismus die Sprache.

Die Grundbegriffe des bundesrepublikanischen Vokabulars waren mithin doppelt gebrochen: zum einen durch die Grenze, die zwischen dem Sagbaren und dem Nicht-Sagbaren in einer Demokratie gezogen wurde und damit zwischen solchen Bedeutungsbeständen, die aktiviert werden konnten und solchen, die bewusst verschüttet wurden; zum anderen durch die beständige Reflexion dieser

<sup>14</sup> Vgl. STEINMETZ, *Some Thoughts*, S. 100.

<sup>15</sup> Vgl. ebd., S. 99–100.

Grenze. In Großbritannien existierten solche Grenzen kaum. Die Grundbegriffe britischer politischer Sprache verfügten dagegen über ein reiches Bedeutungspotenzial, das für Aktualisierungen bereit stand. Dies führte zu einer Fokussierung auf eben diese Bedeutungshorizonte, die allesamt national kodiert waren. Die Grundbegriffe der politischen Sprache verblieben in Großbritannien zum größten Teil im Spannungsraum des Nationalen. Eine eigene Untersuchung wäre sicherlich der Einfluss anderer nationaler Varianten des Englischen, besonders des amerikanischen Englisch, wert, der im Zuge der allgemeinen Internationalisierung politischer Sprache mutmaßlich zugenommen hat. Für die Entwicklung des Konservatismusbegriffs zwischen 1945 und den frühen 1980er Jahren konnte eine solche innerenglische, transnationale Komponente nicht festgestellt werden; für andere Grundbegriffe könnte sie um vieles bedeutsamer gewesen sein. Während also der britische Konservatismusbegriff im Nationalen eingespannt blieb, folgte aus der doppelten Gebrochenheit der bundesrepublikanischen Grundbegriffe eine Offenheit für die Integration von Begriffs- und Bedeutungsbeständen aus anderen Nationalsprachen, die auch die politischen Sprachen des Konservativen erfasste. Aus historisch-semantischer Perspektive lässt sich der Prozess der ‚Verwestlichung‘ als spezifisches Moment der Internationalisierung der Grundbegriffe nach 1945 begreifen.<sup>16</sup>

Tatsächlich lässt sich in den 1970er Jahren in beiden Ländern eine Neuformierung politischer Sprachen des Konservativen beobachten. Finden wir in den 1970er Jahren also eine neue Sattelzeit? Aus den oben genannten Gründen sind an einer solchen Interpretation Zweifel angebracht. Das Vokabular der Moderne transformierte sich nicht innerhalb von einem oder zwei Jahrzehnten in ein Vokabular der Nach-, Post- oder Spätmoderne. Soweit eine Einschätzung zum bisherigen Zeitpunkt empirisch gesicherter Erkenntnis möglich ist, scheint es aber, als ob die Transformationsprozesse der 1960er und 1970er Jahre tatsächlich eine Neukonfiguration des politischen Vokabulars implizierten, bildlich gesprochen einen der Scheitelpunkte einer Welle sprachlichen Wandels markierten, die sich durch die Moderne zog. Dabei folgte der Sprachwandel nicht sozialen, kulturellen, ökonomischen und politischen Transformationsprozessen, sondern war ihr genuiner Bestandteil. Er erfolgte im Horizont der Moderne, im Rahmen jener Potenziale also, die sich in der Sattelzeit in die Sprache eingegraben hatten.

Die Auslöser des Wandels in den politischen Sprachen des Konservativen, die hier untersucht wurden, waren dabei in Großbritannien und der Bundesrepublik so ähnlich, wie sie auch verschieden waren.<sup>17</sup> In beiden Ländern suchten die Konservativen seit den späten 1950er Jahren die veränderte gesellschaftliche und politische Situation in Begriffe zu fassen, mussten aber gewärtigen, dass sie damit nur begrenzt erfolgreich waren. Die Linke schien immer einen Schritt weiter, schien der neuen Zeit ihre Begriffe aufzuprägen. Die überlieferten Bedeutungs-

<sup>16</sup> Zum Konzept vgl. DOERING-MANTEUFFEL, *Wie westlich sind die Deutschen?*.

<sup>17</sup> Zum Zusammenhang von sozialem und semantischem Wandel vgl. das Modell von Willibald Steinmetz: STEINMETZ, *Vierzig Jahre Begriffsgeschichte*, S. 187–192.

horizonte der konservativen Begriffe gingen ihrer Plausibilität verlustig. Die Neuformulierung politischer Sprachen des Konservativen in beiden Ländern war eine Antwort auf diesen Verlust begrifflicher Deutungshoheit. Die reformerischen Anstrengungen unter Heath meinten diesen im Großbritannien der 1960er Jahre parieren zu können; in der Sprache des zukunftsfrohen, pragmatischen Managements schien der Konservatismus zu reüssieren. Erst der markante Einsturz der Erwartungshorizonte Mitte der 1970er Jahre öffnete die Möglichkeit zur umfassenden Neuformulierung unter Thatcher. Dabei griffen die Thatcherites einerseits auf Bedeutungsbestände des 19. Jahrhunderts zurück, andererseits reaktivierten sie politische Begriffe der Programmrevision der späten 1940er und frühen 1950er Jahre. Der Liberalisierungsschub der 1970er Jahre bezog seine Impulse aus semantischen Beständen des Nachkriegs. Das Jahr 1945 markierte auch in Großbritannien eine sprachgeschichtliche Zäsur, wenn auch von anderen Auslösern bedingt als in Deutschland. Begriffe des sozialistischen Vokabulars etablierten sich mit dem Reformprogramm der Labour-Regierung unter Clement Attlee in der politischen Sprache des Vereinigten Königreichs, die auch von den Konservativen nicht ignoriert, sondern mittels Bedeutungspolitik nur pariert werden konnten. Der antisozialistische Gegenentwurf Thatchers stand in dieser Kontinuität. Ein Projekt, das sich die Erforschung der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts zum Auftrag macht, muss den historisch-semantischen Zäsurcharakter des Jahres 1945 folglich ernst nehmen, und dies zumal wenn es darum geht, allgemeine Entwicklungsprinzipien der Grundbegriffe zu definieren.

In der Bundesrepublik zeugten die konservativen Begriffsnöte der 1960er und 1970er Jahre von einem umfassenderen Wandel der politischen Sprache, der Ende der 1950er Jahre einsetzte und in den 1970er Jahren kulminierte. „1968“ ordnet sich in diesen weiteren Rahmen ein, sein Zäsurcharakter wird dadurch relativiert.<sup>18</sup> Die politische Sprache gewärtigte einen allgemeinen Liberalisierungsschub, der in diesen beiden Jahrzehnten zum Durchbruch kam und die semantischen Bestände veränderte. Die Demokratisierung politischer Sprache seit 1945 dynamisierte sich und führte nach gut einem Jahrzehnt zu einer semantischen Neukodierung, die – wie in Großbritannien – den Bedeutungshorizonten verpflichtet blieb, welche die Zäsur 1945 evoziert hatte. Die Bundesrepublik fand zu ihrer eigenen Sprache. Die Konservativen suchten in diesem Zusammenhang nach Begriffen, die die Gegenwart abbildeten, die aber gleichzeitig die Bestände der Vergangenheit bewahrten. In diesem Sinne sahen sie sich als Hüter der Begriffe.

Auch Reinhart Koselleck gehörte zu diesen Hütern der Begriffe der 1960er und 1970er Jahre.<sup>19</sup> Die *Geschichtlichen Grundbegriffe* zeugen von seiner Hüte-Arbeit. Als eine der Aufgaben des Lexikons definierte er die „semantologische Kontrolle“ des „gegenwärtigen Sprachgebrauch[s]“. „Der Verfremdungseffekt durch vergan-

<sup>18</sup> Die These von der sprachgeschichtlichen Zäsur „1968“ wird v. a. von linguistischer Seite vorgebracht, vgl. WENGELER, „1968“ als sprachgeschichtliche Zäsur.

<sup>19</sup> Zu Kosellecks intellektuellem Horizont vgl. v. a. OLSEN, *History in the Plural*; MEHRING, *Begriffsgeschichte mit Carl Schmitt*.

gene Erfahrung mag dann der gegenwärtigen Bewusstseinsschärfung dienen, die von historischer Klarstellung zu politischer Klärung führt“, so Koselleck in seiner Einleitung zum Lexikon.<sup>20</sup> Doch im Gegensatz zu Wilhelm Hennis und Hans Maier wusste Koselleck, dass die Grundbedeutung der Grundbegriffe keineswegs fest, unveränderlich war, sondern einem steten Wandel unterlag. Begriffe waren ein Instrument der Politik, die Bedeutungsentwicklung konnte diskursiv beeinflusst werden. Die Begriffspolitik der Rechten hatte in die deutsche Katastrophe geführt. Vor dem abermaligen Abgleiten in Diktatur und utopische Ideologie schützte die Vergegenwärtigung vergangener Bedeutungsbestände. Das Bewusstmachen, dass es Bedeutungsalternativen gab, sicherte letztlich historische Erinnerung, Pluralität und Diskurs. Die Begriffe der Demokratie galt es auf diese Weise zu hüten – und in einer „Pyramide des Geistes“, wie sie die *Geschichtlichen Grundbegriffe* darstellen, ihre mitunter auch verhängnisvolle Geschichte als Warnung und Potenzial zugleich zu bewahren.<sup>21</sup>

Der Impuls, die Begriffe zu hüten, war ein konservativer Impuls. Er kam nicht von ungefähr: Konservatives Denken und Handeln tradierte sich über die Sprache. Das Konservative konstituierte sich im Medium der Sprache. Darin gründet die hohe Sensibilität für die Sprache und ihren Wandel, der Konservativen seit jeher eigen ist. Die Spur zur Geschichte des Konservativen ist eine Spur der Sprache; sie ist eine Spur durch die Sprache hindurch.

<sup>20</sup> KOSELLECK, Einleitung, S. XIX.

<sup>21</sup> Vgl. GUMBRECHT, Pyramiden des Geistes; in Antwort auf Gumbrechts Thesen: STEINMETZ, Vierzig Jahre Begriffsgeschichte.